



## Protokollauszug

## zum AUSSCHUSS FÜR BILDUNG, SPORT UND SOZIALES

am Mittwoch, 10.04.2013, 17:03 Uhr, Rathaus, Sitzungssaal

ÖFFENTLICH

**TOP 1**

**Fortführung des Ludwigsburger Modells Sprache  
bilden und fördern**

**Vorl.Nr. 114/13**

---

### **Beschluss:**

1. Das Sprachförderkonzept „Ludwigsburger Modell Sprache bilden und fördern“ wird ab dem 01.01.2014 für weitere fünf Jahre bis 31.12.18 fortgeführt.
2. Die dafür notwendigen finanziellen Mittel in Höhe von 775.640 Euro werden wie in der Anlage zu Vorl. Nr. 114/13 beschrieben in den jeweiligen Haushaltsjahren zur Verfügung gestellt.
3. Die notwendigen 4,6 Personalstellen werden bis zum Ende der Projektlaufzeit 31.12.18 verlängert bzw. bereitgestellt.
4. Die Aufwandsentschädigung der Sprachbegleiter wird ab dem Schuljahr 2013/2014 von 7,67 Euro/Schulstunde auf 8,25 Euro/Schulstunde erhöht.

### **Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 15 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Ja 15 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

### **Beratungsverlauf:**

Frau **Schmitz** (FB Bildung, Familie und Sport) zeigt anhand des Filmbeitrags „Ludwigsburger Modell Sprache bilden und fördern“ des RegioTVs wie die Sprachförderung in Ludwigsburg angenommen wird. Sie weist auf einige Besonderheiten in Ludwigsburg hin, wie beispielsweise eine höhere Anzahl an Stellen, durch welche eine bessere Betreuung möglich sei, die guten Weiterbildungsmaßnahmen der Pädagogischen Hochschule Ludwigsburg und die Koordinierungsstelle in der Verwaltung. Insgesamt sei das Sprachförderungskonzept ein Erfolg, denn die Sprachentwicklung der Kinder sei besser als zuvor.

EBM **Seigfried** betont, dass das Ziel des Modells erreicht werden konnte. Er sieht bisher noch Defizite darin, dass der Zugang zur Sprachförderung nicht immer gelinge, da man die Eltern nicht flächendeckend erreichen könne.

Stadtrat **Meyer** ergänzt, dass die Kommunen sich heute die Sprachförderung mit den Eltern teilen müssten, früher sei die eine reine Elternaufgabe gewesen. Er dankt den Kindergärten, Grundschulen, der pädagogischen Hochschule und der Verwaltung für die Mühe und Arbeit, die sie sich machen würden. Der Gemeinderat werde durch die Finanzierung des Projektes helfen.

Die häufigen Änderungen der Richtlinien für Hausaufgaben-, Sprach- und Lernhilfe (HSL-Richtlinie) würden Unruhe in das Sprachförderungskonzept bringen.

Stadtrat **Griesmaier** schließt sich seinem Vorredner an. Die Sprache sei eine Schlüsselqualifikation für Lernen und Bildung, weshalb den Kindern mit Sprachdefiziten besondere Aufmerksamkeit entgegen gebracht werden sollte und es wichtig sei, dass die Sprachförderung im Kindergarten, der Grundschule und ersten Sekundarstufe erfolge. Sein besonderer Dank gehe an Prof. Dr. Jeuk von der PH Ludwigsburg für die Begleitung des Projekts. Er begrüßt den alltagsintegrierten Ansatz, da hierbei nicht das Programm sondern das Kind im Vordergrund stehe. Durch das integrierte Modell sei die Sprachförderung zu einem festen Bestandteil der Erziehungs- und Bildungsarbeit geworden und die Identifikation der Erzieherinnen, Sprachförderern, Eltern und Kinder mit dem Modell sei sehr hoch. Es gebe das grundsätzliche Problem, dass die Fördermaßnahmen auf Bedarfserhebungen und Beobachtungserfahrungen basieren, wodurch standardisierte Tests als Schlüssel für Zuschüsse dienen. Ein weiteres Problem stelle der gestiegene Verwaltungsaufwand durch Tests, Evaluationen und Supervisionen dar. Die Erhöhung der Aufwandentschädigung der Sprachbegleiter um 7,6 % in 4 Jahren sei zwar nicht üppig, aber ein Schritt in die richtige Richtung.

Stadtrat **Kirnbauer** bemängelt, dass sich in dem Pressegespräch zur heutigen Sitzung die Verwaltung geäußert habe, obwohl eine vorherige Aussprache mit dem Gemeinderat bzw. den Ausschussmitgliedern nicht stattgefunden habe. Er stellt sich die Frage, wie weit die kommunale Förderung in die Schule hineingehen solle, da für die Schule eigentlich das Land zuständig sei. Er fordert, dass Ludwigsburg eine klare Stellung gegenüber dem Land beziehen solle, da die Kommune immer mehr zahlen müsse. Er lobt das tolle Modell, dessen Erfolg sichtbar eingetreten sei.

Stadtrat **Dr. Vierling** findet die Sprachförderung sehr wichtig. Er macht den Vorschlag, dass alle Erzieherinnen die Qualifikation für die Sprachförderung durchlaufen sollten. Er fordert die Verwaltung auf, den Gemeinderat über den aktuellen Stand der Wissenschaft in der Sprachförderung zu informieren. Es gebe immer mehr Brennpunkte in Kindergärten durch bildungsferne Familien. Er bittet um einen Bericht, welcher die sozialen Ungleichgewichte in Schulen und Kindergärten zeigt.

Stadtrat **Heer** sieht nicht nur die Eltern in der Sprachförderung in der Pflicht, sondern auch die Schulen, Kindergärten und die Gesellschaft. Es gebe gewisse Defizite, die im Zusammenhang mit dem Gesellschaftswandel stehen würden. Das Ludwigsburger Modell sei sehr gut und solle fortgeführt werden.

Stadträtin **Lange** regt an, verschiedene Modelle zusammen zu legen.

Frau **Schmitz** geht auf die Schwächen der Sprachförderung des Landes ein. Im Grundschulbereich seien Honorarkräfte dafür zuständig, die mehr gefördert werden müssten und die Kommunikation mit den Schulen müsse sich verbessern. Die neue HSL-Richtlinie habe eher einen finanziellen als einen pädagogischen Hintergrund.

EBM **Seigfried** sieht das Problem darin, dass die Sprachförderung des Landes bisher nur auf die Sprachförderlehrer zurückgreife, aber nicht auf das Umfeld der Kinder. Wenn eine wissenschaftliche Untersuchung gewünscht sei, müssten dafür Mittel im Haushaltsplan 2014 bereitgestellt werden.

Frau **Schmitz** ergänzt, dass bereits in einer früheren Vorlage andere Forschungen aufgeführt worden seien. Das Ludwigsburger Modell werde von Land und Bund bestätigt. Die Kinder mit Migrationshintergrund könnten nicht so gefördert werden, dass diese auf dem gleichen Stand sind wie andere Kinder.

Stadtrat **Heer** betrachtet die Sprachförderung an den Kindergärten anders als die an

Grundschulen.

Stadträtin **Moersch** sieht für diejenigen Kinder mit Migrationshintergrund gute Chancen bei der Sprachförderung, wo im Elternhaus einer die deutsche Sprache gut beherrsche. Das Hauptproblem seien allerdings die Familien mit Migrationshintergrund, die in der 2. und 3. Generation in Deutschland seien und keiner Deutsch spreche. Dies sei eine wesentliche Aufgabe für den Integrationsbeirat.

Stadtrat **Griesmaier** würde es interessieren, wie die Zusammenarbeit der Kindergärten und Schulen sein müsste, damit die Sprachförderung nicht verloren gehe.

Frau **Schmitz** geht auf den Vorschlag von Stadtrat **Dr. Vierling** ein, dass alle Erzieherinnen die Fortbildung zu Sprachförderung machen sollten. Das Problem sei, dass die Verwaltung gerne mehr Mitarbeiter fortbilden wolle, es allerdings nur eine Schulung im Jahr gebe.

EBM **Seigfried** informiert, dass der zu beschließende Betrag über 750.000 Euro liege und deshalb eigentlich der Gemeinderat darüber beschließen müsste. Allerdings sei im Betrag von 775.640 Euro die Stellenposition in Höhe von 56.200 Euro enthalten, welche vom Gemeinderat bereits mit dem Haushalt 2013 beschlossen worden sei. Dadurch verringere sich der zu beschließende Betrag auf 719.440 Euro, weshalb der BSS entscheiden könne. Des Weiteren gibt er bekannt, dass die Kreissparkasse Ludwigsburg für jedes Schuljahr bis zum Schuljahr 2016/2017 jeweils 50.000 Euro zur Verfügung stelle, mit der Bedingung dies für neue Maßnahmen zu verwenden. Mit diesen Mitteln soll ein Modellprojekt zur Weiterentwicklung der Vernetzung bei der Sprachförderung zwischen Kindergarten und Schulen vollfinanziert werden.

**TOP 2**

**Bedarfsplan Kindertageseinrichtungen 2013/2014**

**Vorl.Nr. 100/13**

---

**Beschluss:**

1. Die in der Anlage 1 zu Vorl. Nr. 100/13 beschriebene Fortschreibung der Bedarfsplanung Kindertageseinrichtungen 2013/2014 wird beschlossen.
2. Der Umsetzung der in Anlage 2 zu Vorl. Nr. 100/13 aufgeführten Maßnahmen wird zugestimmt.
3. Die benötigten Mittel in Höhe von 687.455 € werden im Haushalt 2013 zur Verfügung (siehe Anlage zu Vorl. Nr. 100/13) gestellt und für die Folgejahre entsprechend in den Planungen berücksichtigt.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 15 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Ja 15 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

**Beratungsverlauf:**

Frau **Schober** (FB Bildung, Familie, Sport) stellt anhand einer Powerpointpräsentation (siehe Anlage 1 zur Niederschrift) die Bedarfsplanung 2013/2014 der Kindertageseinrichtungen vor.

Dabei geht sie insbesondere auf die Umsetzung des Sofortprogramms bei den 0 bis 3-Jährigen und die bedarfsorientierte Weiterentwicklung der Betreuungsplätze bei den 0 bis 6-Jährigen.

Stadträtin **Kopf** sieht eine Tendenz weg vom klassischen Kindergarten hin zu einer Ganztageseinrichtung. Die Risiken würden die Personalgewinnung und die Tagespflege darstellen. Sie sieht folgende Probleme: In Pflugfelden gebe es eine Zwischensituation im U3- und Ü3-Bereich. In Oßweil werde durch den Stadtentwicklungsprozess (STEP) Oststadt/Oßweil die Wohnbebauung Fuchshof geplant. Hier sei bereits eine angespannte Situation im Ü3-Bereich, weshalb man die Kinderbetreuung auch in den STEP mit einbeziehen solle. In Neckarweihingen seien durch das Neubaugebiet Neckarterrasse einige Familien dazu gezogen, weshalb hier eine zeitnahe Entscheidung erfolgen solle. In Poppenweiler fordert sie eine bauliche Lösung.

Stadtrat **Dr. Bohn** sieht viele Problematiken. Im Ü3-Bereich werde gekürzt, obwohl ein Bedarf vorhanden sei, um den U3 Bedarf, der noch höher sei, zu decken. Die Oststadt stehe im U3-Bereich schlecht da und dieser sei auch in Neckarweihingen und Poppenweiler unzureichend abgedeckt. Durch die Betriebskindergärten werde möglicherweise anderen Städten geholfen. Die Wiedereröffnung des Kindergartens am Sonnenberg werde dringend benötigt, eine Schließung 2016 sei nicht möglich, da dieser auch langfristig gebraucht werde.

Stadtrat **Kirnbauer** findet die Bedarfsdeckung von 32,8 % bei der U3 Betreuung eine gute Leistung. Zusätzlich zu den 32,8 % käme auch noch die Erweiterung der Tagespflegeplätze, wodurch die Bedarfsdeckung weiter steige.

Stadträtin **Klett-Heuchert** erkennt, dass der Bedarf an längeren Öffnungszeiten und mehr Betreuungsplätzen immer größer werde. Die Verteilung der Betreuungsplätze in den einzelnen Stadtteilen sei sehr unterschiedlich und deshalb stelle sie sich die Frage, ob die Nähe zum Wohnort nachrangig sei. Des Weiteren möchte sie wissen, was „flex“ bedeute.

Stadtrat **Heer** findet, dass das einzig positive Ergebnis die gute Quote für die gesamte Stadt sei. Negativ sei die, im Gegensatz zur Kernstadt, niedrige Quote in den Stadtteilen, obwohl die Wohnortnähe wichtig für Diejenigen sei, die sich für den Standort Ludwigsburg entscheiden würden. Hier sehe er dringenden Handlungsbedarf.

Stadträtin **Lange** empfindet es als kritisch, dass 142 Plätze für 3-6-Jährige abgebaut werden, da diese gebraucht werden würden, wenn die U3-Kinder zu Ü3-Kinder werden.

EBM **Seigfried** weist darauf hin, dass immer ein Jahrgang den Kindergarten verlasse und ein Jahrgang hinzukomme. Das ändere sich auch durch U3 nicht.

Frau **Schober** erklärt, dass „flex“ flexibilisierbare Gruppe bedeute, welche eigentlich für 3-6-Jährige bestimmt sei. Wenn durch die 3-6-Jährigen allerdings nicht alle Plätze aufgefüllt seien, werden U3-Kinder aufgenommen. Dadurch würde eine Altersmischung entstehen. Die Verwaltung habe regelmäßige Anfragen freier Träger bezüglich einer Errichtung eines Kindergartens. Die Verwaltung berate dann immer nach dem Bedarf der Stadtteile. Das Personal sei bisher noch kein Problem, da noch relativ viele Bewerbungen eingehen würden, allerdings werde der Fachkräftemangel kommen. Es würden regelmäßige Treffen mit dem Landkreis wegen der Tagespflege statt finden. Wenn Eltern unbedingt einen Platz in Wohnortnähe benötigen würden und dies auch begründen können, sei bisher immer eine Lösung gefunden worden.

Frau **Schmetz** (FB Bildung, Familie, Sport) geht auf die von Stadträtin Kopf angesprochenen Stadtteile ein. In Pflugfelden sei eine Dauerlösung nicht machbar, da die Bausubstanz in der Stammheimer Straße hierfür nicht geeignet sei. Ab Herbst werde man in die Planung für einen Bildungsraum einsteigen. In Neckarweihingen sei eine Vergrößerung erst möglich, wenn die Schule wieder in das Schulgebäude zurückziehe. Die Kinderbetreuungsplätze in Oßweil würden im Rahmen des STEP mitgeplant werden.

**TOP 3****Imagekampagne zur Ludwigsburger  
Kindertagespflege  
- mündlicher Bericht**

---

**Beratungsverlauf:**

Frau **Schmetz** (FB Bildung, Familie, Sport) stellt anhand einer Powerpointpräsentation (siehe Anlage 2 zum Protokoll) die Imagekampagne zur Ludwigsburger Kindertagespflege vor. Sie geht unter anderem auf die Ausgangssituation, die Ziele der Imagekampagne, die Steigerung der Plätze, die Gewinnung neuer Kinderneester, die Verbesserung der Kooperation und die Beratung der Eltern ein.

Stadträtin **Kopf** erinnert daran, dass die Kindertagespflege zur Uraufgabe des Landkreises gehöre und möchte wissen, ob die Kindertagespflege zur Dauereinrichtung bei der Stadt werde oder ob die Aufgabe wieder an den Landkreis gegeben werde.

Frau **Schmetz** erwidert, dass die Stadt nur die Imagekampagne machen werde, dies also nur temporär für den Projektzeitraum die Stadt betreffe.

Stadträtin **Voigt** findet die Imagekampagne gut und wichtig.

Stadtrat **Heer** empfindet es als sehr positiv, dass die Stadt sich engagiere.

EBM **Seigfried** ergänzt, dass die Kindertagespflege gesetzlich die Aufgabe des Landkreises sei. Allerdings benötige der Landkreis einen starken lokalen Partner.

**TOP 4****Erfahrungen mit den Sportförderrichtlinien  
- mündlicher Bericht**

---

**Beratungsverlauf:**

Dieser Tagesordnungspunkt wird abgesetzt.